

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und 6.30 Bietelgebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.55 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bekannte 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Nr. 243.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 16. Oktober 1930.

12. Jahrgang

Es gilt ein freies Geständnis
In dieser unsrer Zeit,
Ein offenes Bekenntnis
Bei allem Widerstreit,
Trotz aller Feinde Toben,
Trotz allem Heidentum
Zu preisen und zu loben
Das Evangelium.

Umschau.

Frankreichs „silberne Kugeln“. — Litauen hintergeht Dr. Curtius. — Lehre des Reiches aus den Randstaaten. — „Ueberbrückungskredit“ abgeschlossen.

Vor noch nicht allzulanger Zeit lag uns ein Aufsatz vor, der die deutsche Währung als die bestfundierteste der Welt hinstellte. Es war diesem Aufsatz — gleichsam als Bekräftigung — noch ein Auschnitt aus einer Zeitung beigelegt, der indessen derart interessentypisch durchsetzt war, daß wir sein Beweismaterial in keiner Weise als objektiv zuverlässig anzusprechen vermochten. Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, wie es um die „bestfundierte“ Währung eines Volkes aussieht, dessen Wirtschaft in zwölf Nachkriegsjahren systematisch zugrunde regiert wurde. Um die Wirtschaft, wie sie nicht nur im Wasserkopf Berlin, sondern hin und her im ganzen Lande betrieben wurde, zu verschleiern, wurde eine Auslandsanleihe nach der anderen aufgenommen und dem Volke auf Grund geborgter Milliarden eine Scheinblüte vorgegaukelt, wie sie sich allenfalls mit den Potemkin-Dörfern sowjetrussischer Prägung vergleichen läßt. Inzwischen sind unsere Schulden, sind die Zinsen und Zinseszinsen, die wir den internationalen Finanzgewaltigen zahlen müssen, ins Ungeheuerliche angewachsen. Die Hoffnungen auf eine nennenswerte Steigerung unserer Ausfuhr, um die zur Begleichung der Auslandsschulden notwendigen Dollars hereinzubekommen, zerfallen an den unbarmherzigen Zollmauern, die das Ausland gegen unsere Waren errichtet. Unsere Industrie bleibt ohne Aufträge, das Heer der Arbeitslosen wächst in erschütternder, ja katastrophaler Ziffern hinein. Die Scheinblüte des nachrevolutionären Deutschland zerfällt wie ein trügerisches Nebelbild. Die „bestfundierte Währung der Welt“ muß mit einem Mal die bittere Erfahrung machen, daß auch sie nur auf den Krediten geborgter Auslandswerte lebt. In ganz kurzer Zeit entzog das Ausland — allen voran natürlich Frankreich — der Reichsbank mehr als eine halbe Milliarde an Gold und Goldeswerten. Wenn hierdurch natürlich auch der Kurs noch weiter nicht erschüttert ist, so sah sich doch die Reichsbank veranlaßt, den Diskont um ein volles Prozent heraufzusetzen, um mit diesem höheren Zinssatz den ausländischen Kapitalisten einen Anreiz zu geben, ihre Gold- und Devisenbestände in Deutschland zu belassen.

Nun hat sich aber gezeigt, daß die Heraussetzung des Reichsbankdiskontes von 4 auf 5 Prozent noch nicht genügt hat, um die ausländischen Gold- und Devisenabzüge bei der Reichsbank restlos einzudämmen. Und zwar soll es sich nach wie vor um französische Abrufe handeln, was bei der engen Verquickung der französischen Finanz mit der französischen Politik sicherlich seine ganz besonderen Ursachen hat. Frankreich, das goldreichste Land Europas, dessen Hauptbankplatz Paris selbst London den Rang abgelaufen hat, will Deutschland mehr und mehr auch finanzpolitisch zwischen die Zange nehmen. Frankreich versucht, Deutschlands Kredit von Grund auf zu erschüttern, um das angelsächsische Kapital von Deutschland abzuschrecken und die Bahn für einen großen französischen Kreditstrom nach Deutschland freizumachen. Ist aber das deutsche Volk erst von dem französischen Golde abhängig, das tragischerweise diesem selbst deutschen Volke abgepreßt wurde, dann ist die Herrschaft des französischen Militarismus über Deutschland eine vollkommene, wie das in der modernen Weltgeschichte ja leider nicht ohne Beispiel wäre. Nicht zu leicht aus diesem Grunde haben wir schon wiederholt an dieser Stelle vor den neuen Auslandsschulden gewarnt, die unsere Regierung als sogenannte „Ueberbrückungskredite“ aufnehmen will. Mit all diesen Dingen geraten wir nicht nur in ein immer unheilvolleres Abhängigkeitsverhältnis zu den ausländischen Geldgebern hinein, sondern es wird dem deutschen Volke auch weiterhin verschleiert, wie furchtbar ernst seine Lage in Wahrheit ist. Was not tut, sind keine neuen Kredite mit all ihren verhängnisvollen Folgen, sondern worauf wir bestehen müssen, das ist Revision des Youngplans, ist Revision des ganzen Versailler Systems! Daß unser Außenministerium in dieser großen

Kirchlich-sozialer Kongreß in Bielefeld.

Heute beginnt in Bielefeld der 27. Kirchlich-sozialer Kongreß. Er wird veranstaltet vom Kirchlich-sozialen Bund, der seine Geschäftsstelle im Johannesstift zu Spandau hat. Die Zahl der abgehaltenen Kongresse zeigt die lange Geschichte an, die hinter der Arbeit des Kirchlich-sozialen Bundes steht. Begründet wurde er vor nunmehr über 33 Jahren von Adolf Stöcker, dem Mann, der mit prophetischem Blick soziale und politische Zusammenhänge sah und unter Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit mit dem Ruf des Evangeliums in die Arena des politischen Kampfes trat. Er wußte um die Not des Industriearbeiters, trat dem Kapitalismus entgegen und stand in der Auseinandersetzung mit einem satten liberalen Bürgertum. Den Kampf gegen die Ungerechtigkeit einer nur profitgierigen Wirtschaft, gegen Ausbeutung und Zerkleinerung durch eine Zivilisation des Mammonismus und damit eine Zerstörung der organischen Kräfte des Volkes in Ehe, Familie, Stand und Volkstum wollte er aber nicht dem Marxismus und volksfremder Führung überlassen. Auch im Marxismus wie im kapitalistischen Bürgertum sah er nur zu sehr den Geist am Werke, der auch hinter einer falschen Wirtschaft steht: den Individualismus und den Materialismus. Die Herrschaft des Schlagwortes und die Diktatur einer Masse schienen ihm bedenkliche Mittel zur Erreichung einer neuen Zukunft. In dem heißen Willen zur Ueberwindung der Not und zur Lösung der sozialen Frage war Stöcker mit den Sozialisten eins. Aber ihm kam es vor allem an auf den Geist, der hinter einer neuen Bewegung stand. Nicht Sozialismus als Gruppen- und Klassenegoismus, als mechanistisches System, als Glaube an eine „Idee“ des Menschen und der Menschheit, Stöcker wollte mit der Parole: christlich-sozial nicht nur irgendein Programm verwirklichen und nicht durch irgendeine Form den idealen Zukunftsstaat schaffen. Es ging ihm um ein aus der Verantwortung vor Gott herauskommendes soziales Wollen und Handeln, das sich nicht in irgend einem System erschöpft. Darum ging sein Ruf an alle. Es war ein Weckruf und ein Bußruf. Es war ein Weckruf an den Staat. Wohltätigkeit und Fürsorge sammelten nur die Opfer eines schuldigen Systems, aber gingen dem Uebel nicht an die Wurzel. Nach Stöckers Meinung war es Aufgabe eines verantwortungsbewußten, d. h. gerechten Staates, durch eine gerechte Gesetzgebung von Grund aus zu helfen. Mit seiner Parole wollte er einen Satz und reich gewordenen Staat aus aller bürgerlichen Weltlosigkeit, die sich nur zu leicht mit dem Mantel der Christlichkeit behängte, wachrufen, weil er hörte, daß aus der Tiefe die Stimmen der in Fesseln hemmungsloser Wirtschaft verhafteten Menschen wie das Drohen eines nahenden Gerichtes aufbrachen.

Aber was halfen Gesetze, wenn sie nicht Verständnis finden und getragen werden von Menschen, mit klarem Blick für die Not der Zeit, für die großen öffentlichen Fragen, mit dem Willen zu wahrhaftigem sozialem Leben. Darum sagte Stöcker sein Wort vor allem auch der Kirche. Aber auch hier mußte er feststellen, wie der christliche Individualismus der Einzelseele die Ohren stumpf gemacht und den Blick getrübt hatte. Die Kirche war gebunden an den Staat in seiner bestimmten Form, war blind gegenüber der Entleerung aller Ordnungen durch Ungerechtigkeit, blind gegenüber dem Schrei aus der Tiefe und gegenüber dem Geist der Zeit.

Wolff Stöckers Bußruf an die Kirche und den Staat wurde weithin überhört. Aber Stöcker war ein Mann der Aktion. Er sammelte Menschen um sich im Kirchlich-sozialen Bund, die bereit waren, auch in dem großen Geschehen in Staat, Wirtschaft und Politik auf Gottes Anspruch zu hören, der doch in jedem Augenblick lebendig

werden will und weltumspannend und geschichtsbestimmend ist. Gottes Herrschaft als Schöpfer ist so universal, daß die christliche Verantwortung auch das weite Gebiet des Politischen und Sozialen einbezieht. Auch hier — das war die Meinung Stöckers — hatte die Christenheit und die Kirche zu hören und aus dem Glauben heraus zu sprechen und zu handeln.

Ist das heute nicht mehr so? Man mag zu Stöcker und seinem Weg der Parteibildung im Einzelnen stehen wie man will: in dieser Frage hat er mit innerem Recht die Christenheit zur Verantwortung gerufen. Heute geht die Entwicklung stärker als früher dahin, daß unser Volk sich im politischen Leben und am öffentlichen Geschehen mehr und mehr beteiligt. Um so größer wird die Aufgabe der Christenheit, sich vom Evangelium her ganz ernst mit diesen Fragen zu beschäftigen. Geist und Körper bilden eine unzertrennbare Einheit. Aus dieser Einheit heraus, die uns hineinordnet in den reichgestalteten Organismus von Ehe, Beruf und Volk, sind wir Gott verantwortlich. Und den Anspruch des Nächsten gilt es zu hören aus dem ganzen Reichthum der Beziehungen heraus, in denen wir mit ihm verbunden sind.

Diesem Zweck dient auch heute noch der Kirchlich-soziale Kongreß. In den langen Jahren seines Bestehens hat er sich bemüht, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu beobachten, ihre Ursachen zu erkennen, neues gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein zu wecken, um aus reformatorischer Verantwortung heraus die sozialverbessenden Kräfte evangelischen Christentums lebendig werden zu lassen.

Damit ist weniger ein Programm gekennzeichnet als eine Haltung, die immer wieder für die Fragen der unmittelbaren Gegenwart offen ist. Zu Stöckers Zeiten war die mit Macht aufbrechende Arbeiterfrage der Gegenstand der Auseinandersetzung. Auf dem letzten Kongreß 1929 zu Greifswald beschäftigte man sich mit der Siedlungs- und Bauernfrage. Diesmal ist es die brennende Frage der Arbeitslosigkeit, die die Kirche zur Verantwortung ruft und mit ihren vorhergehenden Auswirkungen die Befinnung über Ursache und Ueberwindung fordert. Und im Zusammenhang damit steht die Radikalisierung der Arbeiterschaft, die zum Volkswort hinstrebt. So wird der diesjährige Kirchlich-soziale Kongreß die Frage stellen, ob Deutschland in Arbeitslosigkeit und Volkswort untergehen soll. Er stellt sie nüchtern, aber aus dem Willen heraus, Wege zur Tat im Gehorsam des Glaubens zu finden.

Beides ist untrennbar: Befinnung und Bewegung. Daß beides in der Einheit der Verantwortung bleibt, ist die Aufgabe eines Kirchlich-sozialen Kongresses. Es kommt ja nicht darauf an, daß zu all den Vordrängen noch irgendeine neue Möglichkeit, ein eigenes System und eine eigene Idee vom christlichen „Standpunkt“ aus hinzuentwickelt wird. Kirchlich-soziales Denken und Handeln kann nur geschehen in und aus der Gemeinde derer, die mit ihren Fragen und Antworten nur auf Gottes Ruf und Antwort hören wollen, um dann allein in solcher Haltung das Wort zur Stunde zu sagen.

So grüßen wir denn den 27. Kirchlich-sozialen Kongreß in Bielefelds Mauern und freuen uns, daß er diesmal als Tagungsort die jüngste Großstadt gewählt hat und damit in die Nähe Bethels kommt. Kirchlich-sozialer Kongreß und Bethel sind durch die herzlichsten persönlichen Beziehungen zwischen Stöcker und Bodelschwingh vielfach verbunden. Mögen auch bei diesem Kongreß die Kräfte solcher Verbundenheit wieder lebendig sein zu gemeinsamer Anregung für gemeinsamen Dienst an unserm Volk.

Schicksalsfrage des deutschen Volkes eine viel zu weiche Haltung einnimmt, hat sicherlich nicht wenig dazu beigetragen, daß die Stellung des Reichsaußenministers Dr. Curtius — gerade auch im Kreise seiner Parteifreunde — ernstlich erschüttert ist.

Selbst der einzige „Erfolg“, den Curtius in Genf zu verzeichnen hatte: nämlich die Memelvereinbarung, die er mit dem litauischen Ex-Minister Zaunius getroffen hat, ist ihm nicht sonderlich zuzustatten gekommen. Deutschland hatte ja bekanntlich eine Dringlichkeitsbeschwerte der Memeldeutschen auf die Tagesordnung der kürzlich zu Ende gegangenen Völkerbundsversammlung setzen lassen. Den Litauern war natur-

gemäß eine Aufrollung dieser Beschwerden vor der Völkerbundsversammlung äußerst peinlich, und so bat der litauische Außenminister Dr. Zaunius den deutschen Außenminister, die Memelbeschwerden doch von der Genua-Tagesordnung zurückzuziehen; er seinerseits sei dann gerne bereit, eine ordnungsgemäße Wahl im Memellande zuzusichern. Und also geschah es. Dr. Zaunius versprach und Dr. Curtius zog die Memelbeschwerde zurück. Und was folgte? Dr. Zaunius trat nach seiner Rückkehr nach Kowno von seinem Posten als litauischer Außenminister zurück, seine Vereinbarung mit Curtius wurde als Makulatur betrachtet, und der litauische Terror gegen die Memeldeutschen wütete schlimmer denn je.

Ob das Genfer Anerbieten des Herrn Zaunius ein sorgsam vorbereitetes litauisches Mandat war, um Dr. Curtius aufs Glatteis zu führen, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist die notorische Vertragsuntreue der Versailler Mächte auch in diesem Falle wieder einmal klar erwiesen. Es hat sich abermals — wie schon so oft — herausgestellt, daß deutsche „Erfolge“ in Genf „nicht das Papier wert sind, auf dem sie dokumentarisch niedergelegt werden“. Daß die Wahlen im Memelland trotz alledem einen überwältigenden Sieg des Deutschtums ergeben haben, erfüllt uns zwar mit stolzer Freude, aber wir glauben nicht, daß die deutsche Mehrheit im memelländischen Landtage irgend etwas gegen die litauische Willkür auszurichten vermag. Deshalb ist es Sache der deutschen Reichsregierung, auf Litauen jeden ihr möglichen Druck — vor allem auch wirtschaftspolitischen Charakters — auszuüben, um eindeutig zu beweisen, daß wir unsere Brüder im Memelland doch noch nicht vergessen haben. Darüber hinaus aber wird das deutsche Reich auch seinen Anspruch auf Rückgliederung des Memelgebietes anmelden müssen, dessen einwandfrei deutscher Charakter nach dem Ausgang der letzten Wahlen wohl von keiner Seite mehr bestritten werden kann.

Gleichzeitig werden Gefechtsübungen polnischer Freiwilligenverbände an der deutschen Grenze gemeldet, während in Estland die Revaler Domkirche der deutsch-baltischen Döngemeinde endgültig entrisen und in estnischen Besitz übergeführt wurde und in der Tschechoslowakei sogar deutsche Predigten unter Verbot gesteuert werden. So geben uns auch diese kleinen und kleinsten Versäuerungen der Welt ein sehr lehrreiches Anschauungsunterricht über die gewaltige Kluft, die in der europäischen Politik zwischen dem Genfer Schein und dem Versailler Sein besteht. Und während man nirgends so sehr wie in Deutschland den kindlichsten pazifistischen Träumereien nachhängt, zieht Frankreich aus alledem die Konsequenz, dessen Präsident Doumergue vor wenigen Tagen beim Stapellauf eines neuen französischen 10.000-Tonnen-Kreuzers die sehr bezeichnenden Worte sprach: „Man kann von Frankreich nicht verlangen, daß es auf seinen gesunden Verstand, auf seine kluge Vorsicht verzichtet und aufhört, wachsam zu sein!“ — Warum in aller Welt soll Deutschland das einzige Volk der Erde sein und bleiben, das auf diesen „gesunden Verstand“ und diese „kluge Vorsicht“ verzichten soll? —

Soeben erfahren wir, daß der deutsche sogenannte „Meberbrückungskredit“ zum Abschluß gekommen ist. Es handelt sich um eine Summe von 125 Millionen Dollar, die uns von einem internationalen Bankensyndikat unter amerikanischer Führung bewilligt worden sind. Das einzig Erfreuliche an dieser Tatsache ist, daß bei dieser — hoffentlich letzten derartigen — Kreditaktion der französische Einfluß restlos ausgeschaltet zu sein scheint. Wie ernst es aber um die Gefahr des von Frankreich gegen Deutschland geplanten Angriffs mit den „silbernen Kugeln“ stand, geht aus der Stellungnahme eines führenden deutschen Börsenblattes hervor, das im Anschluß an den erfolgten Kreditabschluß schreibt:

„Nach der Kapitalerportkonferenz, die am vorigen Dienstag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tardieu und in Gegenwart des Außenministers Briand sowie des neuen Gouverneurs der Bank von Frankreich stattgefunden hat, konnte man darauf gefaßt bleiben, daß Frankreich die Verhandlungen um den deutschen Meberbrückungskredit zu dem Versuch benutzen würde, uns politische Dummheiten aufzuzählen. Es ist zu begrüßen, daß der deutsche Reichsbankpräsident Dr. Luther diesen Versuch gegenüber standhaft geblieben ist. Durch das Einbringen des Internationalen Bankensyndikats, an dem aber Frankreich nicht beteiligt ist, wurde die Gefahr des Nichtzustandekommens der Anleihe beseitigt. Als Ergebnis dieser nicht

nur wirtschaftlich, sondern auch politisch sehr bedeutsamen Episode ist festzustellen, daß durch die Frankfurter Konventionen die deutsche Politik so offenkundig wie selten zuvor, in helles Tageslicht gerückt ist. In scharfer Beobachtung der deutschen innenpolitischen Vorgänge und gestützt auf die alte Erfahrung, daß Frankreichs Machtpolitik mit einer Linksbewegung in Deutschland am besten fährt, verlangte der Vertreter Frankreichs die Garantie von Dr. Luther, daß erstens eine parlamentarische Mehrheit den Rückhalt für die Anleihe in Deutschland bilden sollte, und daß zweitens keine deutsche Regierung aus Rußland kommen dürfe, die Vertragsrevision und Revision des Youngplans verlange. Frankreich wollte also die Gelegenheit benutzen, um auf diese Weise in Deutschland eine Regierung unter der den Pariser Expreßern so genehmen Regide der Herren Breitscheid und Genossen aus Rußland zu bringen. Der Anschlag ist mißglückt.“

Hoffen wir, daß er endgültig mißglückt ist! Und hoffen wir weiter, daß unsere Regierung nach Erhalt des Auslandskredits nun nicht die Hände in den Schoß legt und alle Kraft daransetzt, um unsere nationale Wirtschaft in einer Weise zu stärken, daß wir endlich wieder auf eigene Füße zu stehen kommen. Das Schlagwort „Meberbrückungskredit“ läßt beinahe vermuten, daß man die Hoffnung hat, unsere wirtschaftliche Depression würde in wenigen Monaten, spätestens im Frühjahr behoben sein. Wir vermögen diese Hoffnung nicht zu teilen. Wir sind die letzten, die dem leider allzu beliebten Schlagwort „Meberbrücke“ eine besondere hohe Bedeutung beimessen. Aber gerade wo unsere nationale Wirtschaftskrise von den Erschütterungen auf den Weltmärkten beschattet wird, da ist eine baldige Besserung der Dinge nicht zu denken. Im Gegenteil, die Revolutionierung der großen Märkte in Asien und Südamerika (nach Peru, Bolivien, Argentinien nun auch Brasilien) wird die sogenannte Weltwirtschaft in ein noch weit schärferes Krisenstadium hineintreiben. Von draußen also haben wir nichts zu erhoffen. Machen wir unsere eigenen Kräfte mobil, die heute so jammervoll brach liegen! Wege sind genug gezeigt. Keiner aber erscheint uns so sinnlos wie jener, der blindlings an unserem eigenen arbeitslosen Volke vorübergeht und dem Ausland die Milliarden hinwegwirft, auf welche die eigenen Volksgenossen doch den allerersten Anspruch haben.

Der Aufstakt.

— Berlin, 15. Oktober.

Die Bedeutung, die man allerorts der Eröffnung eines neu gewählten Parlamentes beilegt, und die sich diesmal im Reichstag äußerlich darin spiegelt, daß die Tribünenbesucher Kopf an Kopf standen, während die Reihen der fremden Botschafter auch nicht eine Lücke aufwiesen, liegt nicht in sachlichen Erwägungen begründet. Noch nie hat die erste Sitzung eines neuen Reiches oder Landtags der Arbeit gegolten, sondern immer nur dem, gewiß doch sehr langwierigen und durch Zwischenrufe nicht zu belebenden Namensaufruf. Wenn trotzdem — nicht nur bei diesem Reichstag mit den starken Fraktionsparteien — Parlamentseröffnungen immer wieder Interesse finden und Schaustücke anziehen, dann deshalb, weil in dieser ersten Sitzung sich die Atmosphäre herausbildet, in der in den nächsten Wochen Politik gemacht werden wird.

Im Plenarsaal hat sich alles programmgemäß abgewickelt. Es hat gewiß Zwischenrufe über Zwischenrufe gehagelt, doch werden diese Bemerkungen selbst überflüssige Gemüter nicht beunruhigt haben. Die Tribünenbesucher, die sich seit Tagen so sehr um die Einlassarten bemüht haben, sind enttäuscht wieder nach Hause gegangen. Eine andere Sache ist es freilich, ob diese Ruhe von Bestand sein wird. Die Eröffnungssitzung hat gezeigt, daß die Lust zu Ausein-

anderetzungen groß und an Leib. „Hastlichen Temperamenten kein Mangel ist. In Unfällen wird es aber in der kritischen Gesamtlage, wie wir sie jetzt durchleben, erst recht nicht fehlen.“

Das Hauptereignis des Tages waren im übrigen nicht die Vorgänge im Plenarsaal, sondern die Begebenheiten, die sich außerhalb des Reichstages abspielten. Auch die Polizei hat erfahren müssen, daß am Tage der Reichstagsöffnung nicht der Reichstag im Mittelpunkt des Geschehens stand. Während vor dem Reichstag Schupohelme blühten, berittene Abteilungen Demonstrationen unterdrückten, zerplitterten in einer der größten Geschäftsstraßen der Reichshauptstadt an die fünfzig Schaufensterscheiben.

Haben diese Ausschreitungen mit Politik auch nichts zu tun, so kommt doch einer anderen Begebenheit, die sich gleichfalls außerhalb des Plenarsaals abspielte, erhebliche politische Bedeutung zu, nämlich der Aufforderung der Wirtschaftspartei an den ihrer Fraktion angehörenden Reichsjustizminister Prof. Dr. Brödt, sein Ministeramt niederzulegen, um dadurch den Weg zur Umbildung der Reichsregierung bzw. zur Berufung von Sachministern freizumachen. Für das Kabinett wurde der Zwischenfall dadurch beigelegt, daß Reichspräsident von Hindenburg den Reichsjustizminister aufforderte, trotz des Fraktionsbeschlusses im Amte zu bleiben, weil — wie es in der amtlichen Mitteilung heißt — das Kabinett nicht auf Grund von Fraktionsbeschlüssen zustande gekommen sei.

Der Auflösungsprozess der Fraktionen von dem Kabinett Brödt hat sich also in den Tagen zwischen der Reichstagswahl und der Parlamentsöffnung verschärft fortgesetzt. Denn wie jetzt die Wirtschaftspartei, so unterhält das Landvolk schon seit einigen Tagen keine fraktionellen Beziehungen mehr zum Reichskabinett. Bleibt die Frage, ob diese Schwächung der parlamentarischen Basis für das Kabinett ein Plus an Unabhängigkeit von den Fraktionen und damit einen Gewinn an Handlungsfreiheit, oder eine Schwächung seiner Stellung und die Vorbereitung seines Zerfalls bedeutet. Eigenartigerweise erblickt der Londoner „Daily Herald“ in dem Abmarsch der Fraktionen eine Verminderung des Einflusses der Regierung Brödt, während die „Times“ aus den gleichen Vorgängen auf eine Stärkung der Stellung der Reichsregierung rückschließen. Man sieht also, daß auch die ausländischen Beobachter über den weiteren Verlauf der Dinge noch sehr verschiedener Meinung sind.

Das Ergebnis des Reichstags-Vorspiels besteht also darin, daß die Reichsregierung, unbekümmert um die Haltung der Fraktionen, die aufgetreten sind und die in Aussicht stehenden Schwierigkeiten, ihren Weg weiter gehen und es darauf ankommen lassen will, ob der Reichstag eine Mehrheit für ihren Sturz zustande bringt. Zahlenmäßig besitzt die Opposition unabweisbar die Mehrheit, die Möglichkeit aber, daß die gesamte Opposition von rechts und links geschlossen gegen die Reichsregierung auftritt, — und das wäre eine Vorbedingung des Sturzes — sind nicht sehr groß. Ziel der Regierung ist offenbar das, den Reichstag nur kurze Zeit tagen zu lassen, um dann in der parlamentarischen Zeit den neuen Wirtschafts- und Finanzplan durchzuführen. Erleichtert würde die Lage der Regierung durch die Ausschaltung des Meberbrückungskredits — der zugleich als eine Vertrauensstärkung für Deutschland angesehen wird — und dessen Annahme der Reichsrat bereits zugestimmt hat.

Reichsrat billigt Pensionskürzung.

Das Pensionskürzungsgesetz, das vom Reichsrat, dem deutschen Landesparlament, mehrmals von der Tagesordnung abgesetzt worden ist, ist nunmehr mit 55 Stimmen gegen sieben Stimmen des Landes Sachsischen und bei Stimmenthaltung Thüringens angenommen worden.

Der Kölner Dom.

Im Gedenken an seine Vollendung vor fünfzig Jahren.
Von Margarete Zander.

Die Erinnerung an den vor fünfzig Jahren glücklich vollendeten und mit glänzender Feier eingeweihten Kölner Dom, das wundervollste Werk mittelalterlicher Baukunst, gibt Anlaß, die Gedanken über die sechs Jahrhunderte seines Bestehens schweifen zu lassen.

Das wundergläubige und jenseitssehnüchtige frühe Mittelalter spinnt Legenden um seine Entstehung. Auf den Hügel am Rhein, wo die einstigen Herren Kölns, die Römer, ihren Göttern einen Tempel errichtet hatten, hatte Erzbischof Hildebold, Karls des Großen Freund und Berater, den ersten Dom gebaut, in den schlichten romanischen Formen der fränkischen Zeit. Als man die auf wunderbare Weise aus Mailand erhaltenen angeblichen Gebeine der heiligen drei Könige mit frommem Schauer und ehrfürchtigem Stolz in den alten Dom trug, fand man ihn nicht würdig, diese dem Volk so kostbaren Reliquien zu bewahren. Dem allseitig hochverehrten Dominikanermönch Albertus Magnus erschien ein Engel im Traum und zeigte ihm Bild und Plan zu einem neuen prächtigen Dom.

Hart und mild, erfüllt von unaufhörlichen kriegerischen Unruhen waren jene ersten Jahrhunderte im zweiten Jahrtausend. Und doch blühte in ihnen, vielleicht mit-erzeugt durch den Besuch der heiligen Stätten im Morgenland und durch die religiöse Begeisterung der Kreuzzüge eine neue, tiefe Sehnsucht nach Gott, nach Verbundenheit mit dem Ewigen, auf. Das Weltbild, das Lebensgefühl der Menschen um 1200 war unter dem Eindruck des glanzvollen höfischen Lebens und der raschen, kraftvollen Entwicklung der Städte ein anderes geworden als das ihrer Vorgänger. Hatten jene, noch erdgebundene und so eben erst im Christentum heimisch geworden, romanische Kirchen gebaut, die in schwerem, dunklem Ernst mit ihren Massen hineingelagert waren in das erste bürgerliche Dasein, so verlangten die mystisch geistigeren Nachfahren danach, das neue aufwärtsstrebende, himmelstürmende Loblied des Weltenbauers anders ausdrücken zu dürfen.

Angeregt von dem gotischen Stil Nordfrankreichs, von der soeben erbauten Kathedrale von Amiens, träumte man von einem gewaltigen Werk, das aus der Enge der Gassen, aus dem Gewirr der Häuser und aus der Kleinheit des Menschenlebens sich emporheben mußte. Die reine, allgewaltige Gottesidee verkörpernd, sollte es alle bisherigen Maße zurücklassen und hineinragen in die Einigkeit des Himmels.

In diese Wünsche und Träume hinein loderte ein großer Brand, der einen Teil des alten Doms vernichtete. Gott selbst wollte das neue Werk, sagte das Volk. Er sandte auch seinen Baumeister. Meister Gerhard war es, aus der Kölner Steinmetzgilde, der den in viele kriegerische Hände vertriebenen Erzbischof Konrad von Hoya anflehte: „Laßt mich einen Dom bauen, den Dom, dessen Bild Gott mir ins Herz gegeben, den Dom, der das Lied seiner Größe und Herrlichkeit in die Himmel hinauf singen soll!“

Eine wunderbare geistige Wirkung, weit über sich hinaus hatte diese Idee. Als Gerhard, der erste Dombaumeister, sich zum Sterben legte, stand der Grund zu dem Werk, aus rheinischem Trachyt vom Drachenfels erbaut, und der untere Teil des Chores mit sieben Kapellen war fertig. Begnadete Künstler nahmen sein Werk auf und führten es weiter im Sinne dessen, der es erbacht hatte. Der deutsche Kaiser gab dem damaligen Erzbischof von Köln die Erlaubnis zu einer Sammlung bei allen Fürsten und Städten, und reich strömten die Gaben. Zum ersten Male wurde deutscher Opfergeist zu einem gemeinsamen Werk aufgerufen, und so wurde der Kölner Dom schon in seinem Anfang weder das Fränkische einer einzelnen Stadt, deren weltlicher Bürgerstolz sich darin spiegeln sollte, noch das eines einzelnen mächtigen Fürstenhauses.

Was man in Frankreich gesehen hatte, die neue wunderbare, mathematisch konstruktive Bauart genialer Künstler — man durchspürte es mit deutschem Sinn, deutscher Mystik und unmerklich wurde es umgestaltet zu deutscher Gotik. All die Steine formten Sehnsucht nach Gottverbundenheit, jeder strebende Spitzbogen war ein sich emporheißendes Lied. Gottbegeisterte Künstlerhände schnitzten aus Holz tief menschlich gezeichnete und doch vergeistigte Figuren der Apostel, der Evangelisten,

der Engel. Da sitzt Matthäus in schwerem Sinnen mit ganz nach innen gerichtetem Blick und schreibt sein Evangelium in das große Buch, das ein knieender Engel ihm hält. Da steht Johannes, der deutsche Jüngling, wie er unverändert durch ein Jahrtausend in Gottes Licht gegangen ist, mit ausgestreckten Händen, bereit, Liebe zu empfangen und Liebe zu spenden. Da findet man unter den wundervollen Schnitzereien des Gestühls fröhliche kleine Szenen aus Menschenleben und -torheit, aus denen der sonnige Humor deutscher Bildschnitzer spürbar ist.

Doch festsam! Als zwei Jahrhunderte hingegangen waren, stand der herrliche Bau immer noch unvollendet und die Arbeiter an ihm hörten allmählich auf. Wohl stiftete dieser und jener deutsche Fürst kunstreiche und kostbare Altargeräte und Reliquiare, auch köstliche Glasfenster, so daß das 1322 geweihte alte Chor in schöner Vollendung da stand; zwar erhielten viele der in Nachen gekrönten deutschen Kaiser hier den erzbischoflichen Segen, aber der heilige Eifer zur Vollendung schien dahin zu sein. Eine Leere gähnte zwischen den beiden begonnenen Türmen, die ihre Stümpfe wie anklagend den Himmel reckten, und dem alten Chor, das schließlich durch eine Wand vom übrigen abgeschlossen wurde. Die Mauern des Langhauses bildeten Wände für die sich anlehenden Bürgerhäuser. Erst im Jahre 1437 war der Südturm über dem einzigen fertiggestellten Portal so weit ausgebaut, daß er die Glocken aufnehmen konnte.

Ja, Jahrhunderte lang bot nun der Dom das traurige Bild einer Ruine, nur der große Arm des Dombauwerks auf dem einen Turm mahnte unablässig zur Vollendung.

Welches war nun der Grund, daß Freude und Begeisterung für das herrliche Werk erloschen war? Man sagte, es fehlte am Geld. Doch war es vielleicht nicht noch mehr verursacht durch die traurige Zerrissenheit im deutschen Volk, durch die wachsende Selbstsucht all der vielen einzelnen Staaten und Fürsten, die Kunstdenkmäler und Kunstschätze nur für das eigene Land erstrebten, die die einigende deutsche Idee nicht mehr kennen und im Kölner Dom nicht mehr ein deutsches Symbol sehen mochten? Und wie sehr war er es doch gerade in seiner Unvollendung!

Su
Die Deutsche
der Trib
Heil
Deutschland
sichende, M
längeres E
Brie, in
wird, heißt
„Ang
ten wir e
zulegen, d
des Regi
auch jetzt
nichtmar
Jahrdrohen
stehenden
Die
ist der tie
die Tribu
jetzt durch
stark durch
problem
Wir
der jetzige
immer dri
berholen,
Für
dinge ver
werden wi
übernehme
genden so
trauensan
Neuerord
Reich
Erzherz
Die
Reichstags
und mittl
ten die u
die kleine
Zunahme
lassen ge
beschränkt
stems not
zielen V
Am
titul des
25 000 E
insgesamt
von denen
den konnt
Städte al
gerechtes
unterstüt
ist erneu
gezeichnet
nicht abzu
Eine
— Bei
treter des
terredung
Adolf S
Noch
hundert
durch Hun
ein so vö
anschaul
gesinnung
der Gott
unvollst
hindurch
Abgescho
lockender
dieses W
würde, n
dieser ne
Krieges
aufkomme
So gi
Bau in
steht Go
seinem E
stermal
vergangen
später m
1794
Die fran
bis 1814
Aber sch
das Ern
hatte, re
des einst
schen B
der Dicht
der Bef
ursprüng
entsprun
Förderu
Im
dem alt

astliche Tempera
ssen wird es aber
wir sie jetzt durch
Tages waren im
lenarfaal, sondern
des Reichstages
ahren müssen, daß
nicht der Reichstag
nd. Während vor
veritene Abteilun
zerpflitterten in
der Reichshaupt
den.
mit Politik auch
anderen Begeben
des Plenarfaals
itung zu, nämlich
spartei an den
ußtänminister Prof.
zulegen, um da
Reichsregierung
ern freizumachen
nfall dadurch bei
enburg den Reichs
fraktionsbeschlus
es in der am
abinett nicht auf
nde gekommen sei
er Fraktionen
also in den Tagen
Parlamentarische
ie jetzt die Wirt
oll schon seit ein
lungen mehr zum
ob diese Schmäle
für das Kabinett
den Fraktionen
lungsfreiheit, aber
und die Vorberei
genartigerweise
in dem Abmarich
des Einflusses der
„Times“ aus den
ung der Stellung
an sieht also, daß
über den weiteren
hiedener Meinung
Vorspiels besteht
unbekümmert um
aufgetretenen und
keiten, ihren Weg
nennen lassen will,
ihren Sturz zu
die Opposition un
lichkeit aber, daß
d links geschlossen
— und das wäre
nd nicht sehr groß
as, den Reichstag
um dann in der
rtshaus- und Mi
würde die Lage
tag des Ueberbrück
Vertrauensfund
ird — und dessen
stimmt hat.
nstärkung.
as vom Reichsrat,
heymals von der
ist nunmehr mit
des Landes Sachse
gens angenommen
verem Sinnen mit
schreibt sein Evan
niederer Engel ihm
e Jüngling, wie er
in Gottes Licht
den, bereit, Liebe zu
a findet man unter
Gestühls fröhliche
nd -torheit, aus de
scher Bildhauer
derte hingegangen
er noch unvollendet
nählich auf. Wohl
erst kunstreiche und
auch köstliche Glas
te Chor in schöner
viele der in Aachen
erbischofflichen Se
endung schen dahin
den beiden begon
wie anklagend gen
das schließlich durch
wurde. Die Mau
e für die sich an
ahre 1437 war der
gestellten Portal so
aufnehmen konnte.
in das traurige Bild
Dombranes auf dem
Vollendung.
Freude und Be
loischen war? Man
es vielleicht nicht
ge Zerrissenheit im
Selbstsucht all der
en, die Kunstdeh
eigene Land erstreb
nicht mehr kennen
n deutsches Symbol
er es doch gerade

Hugenberg-Brief an den Kanzler.

Die Deutschnationalen fordern die Wiederaufrichtung der Tributzentrale und eine Wendung in Preußen.
Geheimrat Dr. Hugenberg, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, und der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Dr. Eberhard, richteten ein längeres Schreiben an den Reichskanzler. In diesem Brief, in dem die Reichspolitik sehr scharf kritisiert wird, heißt es u. a.:
„Angesichts der bevorstehenden Abstimmungen halten wir es für erforderlich, unmissverständlich festzulegen, daß es die Frage der Regierungsbildung und des Regierungssystems in Preußen ist, die auch jetzt wieder einer politischen Zusammenarbeit der nichtnationalistischen Parteien zur Lösung der immer gefährlicheren vor Deutschland und der Welt aufsteigenden deutschen Frage entgegensteht.
Die Abneigung des Zentrums in Preußen, die Verbindung mit der Sozialdemokratie zu lösen, ist der tiefste und innerste Grund, aus dem heraus die Tributzentrale und Wirtschaftskrisis Deutschlands jetzt durch die deutsche Bevölkerung gelöst werden soll, statt durch das mutige Unpatriotismus des Tributzentrums.
Wir halten es für unsere Pflicht, auf diesen Kern der jetzigen Lage immer wieder hinzuweisen und in immer dringenderer Form unsere Eingebungen zu wiederholen, in Preußen eine Wendung herbeizuführen.
Für die durch eine gegenseitige Auffassung bedingte verbündete Reichspolitik des jetzigen Kabinetts werden wir auch weiterhin unserer Mitverantwortung übernehmen, und aus diesem und den noch darzulegenden sonstigen Gründen für die eingebrachten Mißtrauensanträge und für die Aufhebung der erlassenen Notverordnung stimmen.“
Reichsfriede und bei Brüning.
Erschwerung der Kommunalverhältnisse durch Ansteigen der Wohlfahrtskosten.
Die Reichsregierung empfing eine Abordnung des Reichsfriede, dem bekanntlich fast alle kleineren und mittleren Städte angehören. Die Delegierten legten die ungeheuren Schwierigkeiten dar, in die gerade die kleineren und mittleren Städte durch die starke Zunahme in der Zahl der Wohlfahrtskostenversicherten geraten sind. Eine Abhilfe durch zeitlich unbeschränkte Gewährung der Krisenfürsorge sei schnellstens notwendig, da sonst zahlreiche Städte ihre sozialen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen könnten.
Am 30. September wurden in den in der Statistik des Bundes vertretenen 1050 Städten bis zu 25 000 Einwohnern mit 6,26 Millionen Einwohnern insgesamt 68 841 Wohlfahrtskostenversicherte unterstellt, von denen 4005 als Fürsorgearbeiter beschäftigt werden konnten. Auf 1000 Einwohner mußten die kleinen Städte also durchschnittlich, die Angehörigen nicht mitgerechnet, 11 Personen, laufend aus Wohlfahrtsmitteln unterhalten. Gegenüber dem Stande vom 31. August ist erneut eine Steigerung von 10 Prozent zu verzeichnen. Ein Ende der steigenden Belastung ist noch nicht abzusehen.
Eine „Deutsche Monroe-Doktrin“.
Programmatikische Erklärungen Hitlers.
— Berlin, 15. Oktober. In einer dem Berliner Vertreter des „International News Service“ gewährten Unterredung äußerte sich, wie aus New York berichtet wird, Adolf Hitler zu dem am Tage der Reichstagseröffnung
Noch ein anderes kam hinzu. Das 15. und 16. Jahrhundert brachte durch Entdeckungen und Erfindungen, durch Humanismus und vor allem durch die Reformation ein so völlig verändertes Weltbild, so unwiderstehliche Weltanschauungskämpfe und schließlich auch eine so neue Baugesinnung, daß der Wunsch nach neuartiger Gestaltung der Gotteshäuser verständlich ist. Man blickte durch den unvollendeten, sich verengenden Säulengang des Domes hindurch in die wundervolle, gleichsam geheimnisreiche Abgeschlossenheit des Chores, in die zu mystischer Ekstase lebendigen Kapellen und man erkannte, daß, wenn man dieses Werk in der begonnenen Weise zu Ende führen würde, man damit nicht der Seelen- und Geistesprache dieser neuen, gottgesungenen Zeit Ausdruck gäbe.
Daß die furchtbare Verarmung des Dreißigjährigen Krieges für lange Zeit keinen Gedanken an Weiterbauen aufkommen ließ, versteht man.
So ziehen Jahrhunderte hin über den trümmernhaften Bau in seiner verfallenden Schönheit. Im Jahre 1774 steht Goethe, der auf einer Reise nach Düsseldorf zu seinem Freunde Fritz Jakob begriffen war, zum erstenmal in der gewaltigen Ruine. Kaum nicht längst vergangene Geschichte das Wort ihm ins Ohr, das er später niederschrieb:
„In holder Dunkelheit der Sinnen
Kannst ich wohl diesen Traum beginnen,
Vollenden mich!“
1794 nahte dann dem Dom die größte Entwürdigung. Die französische Revolutionsarmee, die Köln besetzt hielt bis 1814, benutzte ihn als Heumagazin und Pferdestall. Aber schon während Napoleons Gewalt Herrschaft, die ja das Erwachen eines starken Nationalgefühls zur Folge hatte, regte sich der Sinn für die Schönheit und Größe des einst mit so herrlicher Begeisterung begonnenen deutschen Baus. Görres, Max von Schenkendorf, Schlegel, der Dichter Novalis wiesen drängend auf ihn hin. Nach der Befreiung vom napoleonischen Joch wurden die, ursprünglich mehr religiösen und künstlerischen Motiven entsprungenen Bemühungen zu einer starken, nationalen Forderung.
Im Jahre 1815 stand Goethe zum zweiten Male in dem alleherwürdigen Wunderbau, um zu sehen, „ob für

erfolgten Zerschlagen von Fensterscheiben, das hauptsächlich von Kommiss, Ladendieben, Plünderern und kommunistischen Provokateuren vollführt sei. Es habe nichts mit der nationalsozialistischen Bewegung zu tun, die jede Gewaltanwendung mit Ausnahme des von Gott gegebenen Rechtes der Selbstverteidigung verwerfe. Die weitere Entwicklung im Reich hänge von der Regierungsbildung ab. Die parlamentarische Lage zwinge rasch zur Bildung zweier großer Rechts- und Linksbloks. Die Mittelparteien würden bald die eine oder die andere Seite zu wählen haben. Die Welt werde in Bälde zu entscheiden haben, ob sie ein nationalsozialistisches oder ein bolschewistisches Deutschland haben wolle.
„Wir verwerfen“, so fuhr Hitler wörtlich fort, „alle politischen Tribute und werden sie niemals bezahlen. Versailles, Dawes- und Youngplan sind lediglich ungedeckte Schecks und Deutschland kann niemals die Deckung aufbringen. Wir werden niemals etwas unterzeichnen, was wir nicht halten können, aber wir sind bereit, als Ehrenmänner vor die Welt hinzutreten und mit ihr auf gesicherter Grundlage zu verkehren. Wir erkennen die privaten Schulden an und die in Deutschland investierten Kapitalien. Es besteht für sie von unserer Seite keine Gefahr. Unsere ganze Bewegung zielt auf eine deutsche Monroe-Doktrin; sie fordert Deutschland für die Deutschen, ebenso wie Amerika Amerika für die Amerikaner fordert. Wir sind bereit, auf freundschaftlicher Basis mit allen zu verhandeln, die die Gerechtigkeit dieser Forderungen anerkennen. Wenn der Welt das nicht paßt und sie uns zwingt, weiter zu zahlen, so wird sie sich mit dem Gedanken eines bolschewistischen Deutschlands abfinden müssen. Dann werden nicht nur die politischen Tribute verloren sein, sondern ebenso die privaten Schulden.“
Der Christlich-soziale Volksdienst im Reichstag.
über die vollzogene Fraktionsbildung teilt der Christlich-soziale Volksdienst mit:
„Damit unsere Freunde durch andere Pressenachrichten nicht beunruhigt werden, erklären wir zu unserer Fraktionsbildung im Reichstag folgendes:
Die Hauptarbeit im Reichstag wird in Ausschüssen geleistet. Nur solche Gruppen, die Fraktionsstärke haben — mindestens 15 Abgeordnete — haben das Recht der Vertretung in den Ausschüssen. Da der Christlich-soziale Volksdienst nur 14 Mitglieder im Reichstag zählt, mußte zur Fraktionsbildung eine dem vorgenannten Zwecke dienende Uebereinkunft mit einer anderen Gruppe getroffen werden. Das ist am 13. Oktober geschehen, und zwar mit der aus vier Mitgliedern bestehenden konservativen Volkspartei, der 3 Hannoverscher angeschlossen sind. Der Name der Fraktion lautet: „Christlich-sozialer Volksdienst und Konservative Volkspartei.“
Bei diesem Vorgehen haben wir unsere volle Selbstständigkeit in jeder Beziehung gewahrt. Es liegt eine schriftliche Vereinbarung der beiden Gruppen vor, in der dies ausdrücklich anerkannt wird. Es heißt in dieser Vereinbarung:
Durch diese Vereinbarung wird die grundsätzliche Einstellung, die politische und organisatorische Selbstständigkeit, die parlamentarische Handlungsfreiheit einer der beteiligten Gruppen und die Freiheit jeder Gruppe, andere Verbindungen einzugehen oder von dieser Vereinbarung zurückzutreten, in keiner Weise berührt.“

Der wahre Verlust der S. P. D.

Sie verliert 37 Mandate.
Der demokratische Verfasser des ausgezeichneten Aufsatzes „Was bringen die Wahlen?“ (Aufwärts Nr. 214) veröffentlicht in der „Zeit“ einen Aufsatz über das Ergebnis der Septemberwahl, dem wir folgendes entnehmen:
Die bürgerlichen Verluste ließen sich voraussehen. Es bestand lange vor der Wahl kein Zweifel darüber, daß der Zusammenbruch der politischen bürgerlichen Parteien nicht mehr aufzuhalten ist, einfach deshalb nicht, weil diese Parteien nicht mehr der veränderten Struktur der bürgerlichen Wähler entsprechen. Diese Parteien vertreten immer noch das alte bürgerlich-kapitalistische Ideal. Am stärksten die Volkspartei und die Demokraten. Dieses Ideal hat abgewirtschaftet, weil der soziologische Boden des Bürgertums sich geändert hat. Die Volkspartei ist halbiert worden. Die Demokraten sind trotz des großen Aufwandes an Propaganda und trotz der Kampfersprüche des Jungdeutschen Ordens weiter zurückgegangen. Ihre Verluste sind nur deshalb nicht so groß, weil die neue Staatspartei in den Bezirken, wo ein Jungdeutscher oder Volksnationaler kandidierte, fast überall einen Teil der Verluste aufholen konnte, die die alten demokratischen Parteien hatten — sogar Herr Stolper in der Hamburger Hochburg der Demokratie! — erlitten. Man braucht sich deshalb mit diesen liberalen bürgerlichen Parteien nicht länger aufzuhalten. Da sie sich anscheinend selbst nicht mehr wandeln können, ist ihr Schicksal besiegelt. Dieser Zusammenbruch vollzieht sich zwangsläufig und mit innerer Notwendigkeit.
Entscheidend war bei diesen Wahlen, wie weit sich die Sozialdemokratie behaupten würde. Die SPD verlor äußerlich 10 Mandate. Sie hatte bisher 153 Abgeordnete im Reichstag und stellt im nächsten 143 Volksvertreter. Dieser Verlust sieht unbedeutend aus gegenüber den Verlusten der Mitte, und die Zeitungen der SPD haben deshalb ihrer Leserschaft einzureden versucht, daß sich die Partei glänzend behauptet habe. Das mag taktisch richtig sein, es ist aber eine fromme Täuschung. Die SPD verliert bedeutend mehr. Sie hatte 1928 unter 491 Abgeordneten 153, d. h. 32 Prozent. Sie hat im neuen Reichstag von 577 Abgeordneten nur 143, d. h. 24,3 Prozent. Sie hätte nach dem Prozentsatz der Wahlwahlen 180 Abgeordnete erhalten müssen. Sie verliert also 37 Abgeordnete und hat damit die stärksten Verluste von allen Parteien.
Dieses Resultat ist von entscheidender Bedeutung. Es zeigt einmal, daß die reaktivierten und mobilisierten Nichtwähler tatsächlich zum größten Teil dem Bürgertum entstammen und daß die SPD von einer Mobilisierung dieser Elemente gar nichts zu erwarten hat. Es zeigt ferner, daß die Zeiten vorbei sind, wo die SPD noch Anziehungskraft auf die Massen ausüben konnte, sie ist eine konservative Partei geworden, die immer mehr in die Defensive getrieben wird. Ihre Wähler werden, soweit sie selbst nicht an den gigantischen Stellen- und Pfründenapparat dieser Partei gebunden sind, nicht mehr offensiv, sondern lediglich defensiv interessiert. Die SPD ist nichts anderes geworden als eine Versicherungsgesellschaft gegen allzu ungerechte politische und soziale Gewalttaten. Man wählt sie, nicht weil man glaubt, daß sie noch zu irgendwelchen positiven Aktionen fähig wäre, sondern weil man ein Gegengewicht schaffen will gegen irgendwelche Aktionen von anderer Seite, deren Tendenz vorläufig noch dunkel und unbestimmt ist.
Die sozialdemokratische Partei hat ihren Höhepunkt überschritten, sie befindet sich bereits mitten im Abstieg. Es ist fählich, wenn man eine desorientierte Öffentlichkeit

1880 war das Fest der Einweihung, 632 Jahre nach der Grundsteinlegung. Der alte Kaiser Wilhelm I., die Kaiserin Augusta, viele Fürsten und bedeutende Männer des neuen deutschen Reiches nahmen an dem glänzenden Feste teil.
Die große Glocke, die Kaiser Wilhelm damals dem Dom schenkte, hängt heute nicht mehr im Glockenturm. Selbstsame Schicksalsfügung! Sie, die aus 22 im deutsch-französischen Krieg erbeuteten Geschützen gegossen war, mußte ihr Amt, Frieden zu kündigen, aufgeben und wieder mithelfen, Wunden zu reifen. Sie wurde im Weltkrieg eingeschmolzen. Eine neue große „deutsche Glocke am Rhein“ trug nach unsagbar schweren Jahren die Botenschaft ins deutsche Land, daß das Rheinland wieder frei wäre. Sie trägt die Inschrift:
„Sankt Peter bin ich genannt,
Schütze das deutsche Land.
Geboren aus deutschem Leid
Auf ich zur Einigkeit.“
Was ist uns Heutigen der Kölner Dom? Mehr denn je ist er durch die Jahre des Leids zu einem nationalen Symbol geworden. Weither vom Rheinstrom gesehen, von den Höhen des bergischen Landes, immer taucht aus Nebel und Föhnen die wundervolle Silhouette des Domes auf, das Wahrzeichen nicht nur der stolzen Stadt am Rhein, sondern jener ganzen deutschen Landschaft am breit dahinfließenden Strom. Gewiß, das Riesenhafte seiner Maße wurde stärker betont damals, als die kleine Weltfälligkeit der bescheidenen Bürgerhäuser sich um ihn drängte, als Hochhäuser und Warenhäuser sich zu seiner erhabenen Höhe emporreckten möchten. Dennoch ragt er groß und einfach über aller wilden Unrast des Tages.
Doch dies alles ist nicht letzter und tiefster Grund, warum auch noch wir heutigen mit heiligem, ehrfürchtigem Schauer die stillen Hallen betreten. Wir fühlen, daß die Kraft, dieses Werk zu schaffen, ausging von Gott und wieder untertaucht in Gott, wir fühlen um uns die Gebete einer unendlich langen Reihe von Geschlechtern, die alle das gleiche Ziel suchten, was alle Menschheit sucht von Anbeginn und suchen wird bis zum Ende der Tage: Gott.

heit daran erinnert, daß man recht behalten hat. Aber es ist schließlich die einzige Möglichkeit, für Angriffe zu quittieren, die so hilflos erfolgten, daß man sich nicht direkt mit ihnen befassen konnte. Wir schreiben in der „Tat“ im Juni 1928, vier Wochen nach den Wahlen: „Da steht nun eine sozialdemokratische Fraktion von 153 Abgeordneten, mehr als doppelt so groß als die nächstfolgende Partei und feiert ihren Pyrrhussieg, denn diese 9 Millionen Stimmen werden auf lange Zeit hinaus der Höhepunkt der Partei bleiben und die Söhne werden ihn noch einmal als anfeuerndes Beispiel benutzen.“

Die SPD bricht zusammen! Sie schrumpft vorläufig daran zusammen, daß das Bürgertum reaktiviert wird. Dadurch geht ihre Macht prozentual zurück. Sie gibt außerdem einen Teil ihrer Stimmen an die Kommunisten ab die von 54 auf 77 Mandate steigen, also 23 Sitze gewinnen (prozentual allerdings nur 14). Den größeren Teil ihrer Verluste — prozentual 24 Mandate — gibt sie bereits an das aktivistische Bürgertum, d. h. an die Nationalsozialisten ab, der Einbruch in die sozialdemokratische Front ist bei diesen Wahlen zum ersten Male gelungen, die Bresche geschlagen, die SPD befindet sich im Abstieg. Dieser Prozeß wird in der nächsten Zeit sehr schnell weitergehen, nachdem der Bann gebrochen ist. Die nächsten Verluste der SPD werden sich nicht zu Zweidrittel prozentual auswirken, sondern offen in Erscheinung treten.

Die SPD hat ihre Chance lange verpaßt. Sie fiel in die Jahre 1919 bis 1921. Hätte sie es damals verstanden, große Politik zu treiben, dann hätte sie alle jene bürgerlichen Elemente, die jung und tatenfroß auf eine Gelegenheit zum Eingreifen warteten, in ihren Reihen

gehabt. Dann hätten wir in Deutschland eine sozialistische Partei, wie es etwa die englische Labour Party ist. Statt dessen verlagte die SPD völlig. Sie ist heute ein konservatives, ja fast reaktionäres Ungetüm geworden, über das jeder lächelt. Sie verfügt über eine alte Führergeneration, die langsam mürbe wird und abstirbt. Die Jugend aber, soweit sie überhaupt in der Partei und nicht bei den Kommunisten oder Nationalsozialisten ist, verzweifelt unter dem orthodoxen Zwang und der Herrschaft der Bürokraten.

Nein! Dies ist kein Klassenkampf mehr, der von der SPD geführt wird. Die Zügel und die Führung sind ihr entrissen worden. Dies ist ein Klassenkampf à rebours. Hier werden neue Kräfte in Schichten lebendig, die 1918 einfach überannt worden waren. Hier stehen im Rücken des vierten Standes Kräfte auf, die das vollenden wollen, wozu dieser Stand nicht fähig war. Die SPD ist praktisch tot, sie starb nicht am Sozialismus, sie starb am Liberalismus und am Materialismus.

Die Kommunisten sind eine Uebergangserscheinung. Sie werden sich entweder der neuen Bewegung anschließen oder sehr bald zusammenschmelzen. Der Kommunismus hat keinen Boden in Deutschland. Er scheitert daran, daß die tatsächliche Zerkleinerung viel zu schnell und zu häufig gekommen ist. Er hat im Gesamtrahmen der Entwicklung seine Aufgabe gehabt, aber diese Aufgabe ist bald erledigt.

Der bedeutendste Führer

der brasilianischen Aufständischen gefallen?

— Neupock, 15. Oktober. Nach einer Meldung aus Porto Alegre soll General Miguel Costa, der bedeutendste militärische Führer der brasilianischen Aufständischen, in einem Gefecht mit Militärpolizei im Staate Minas Geraes gefallen sein.

Berliner Metallarbeiterstreik.

Auf Grund der Abstimmung in den Betrieben, bei der sich 83 Prozent der Belegschaft für den Streik aussprach, beschloß das Berliner Metallkartell, dem sämtliche Gewerkschaften angehören, die Proklamation des Streiks für den heutigen Mittwoch. Eine von den Kommunisten ausgegebene Streikparole ist bereits am Vortage von einem, wenn auch nur kleinen Teil der Metallarbeiter befolgt worden.

Schnellzug Madrid—Vigo entgleist.

Bisher 1 Toter, 40 Verletzte.

— Madrid, 14. Oktober. Am Dienstag entgleiste der Madrider Schnellzug in der westspanischen Provinz Pontevedra auf der Strecke Madrid—Vigo. Bisher werden 1 Toter und 40 Verletzte, darunter eine Anzahl Schwerverletzte, gemeldet.

Local- und Provinzialnachrichten.

— Jöllenbeck. Bei der am Dienstag dieser Woche in der Kirche vorgenommenen Pfarrwahl durch die Kirchenvertretung unter Vorsitz und Leitung von Herrn Superintendent Köhne-Bielefeld, wurde Herr Pfr. Friedr. Tappenbeck aus Bremerhaven einstimmig zum neuen Pfarrer der Gemeinde gewählt.

Am Sonntag, den 24. August schenkte Gott uns ein gesundes Töchterlein

Irmgard

Miss. P. Heinz Scholten

und Frau Gertrud, geb. Warnke

Im Bulobaland (Ostafrika)

Er wird die Lämmer in seine Arme sammeln.
Und hat seine Hand uns geschlagen
so hat er uns dennoch lieb
und gab er auch Taten zu tragen
die Hoffnung der Herrlichkeit blieb.

Heute durfte unser lieber

Gustav

heimgehen.

Diafon Hermann Meyer u. Frau
Helene, geb. Arummrey
Johannes Meyer
Maria Meyer
Elisabeth Meyer
Magdalene Meyer

Bethel bei Bielefeld, den 14. Oktober 1930.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 17. Oktober, nachmittags um 3 Uhr von der Zionkirche aus statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir absehen zu wollen.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Tode meines lieben Mannes danke ich herzlich.

Frau Luise Thiele.

Zur selbständ. Führung eines
familienlosen Haushaltes (2 Pers.)
in der Nähe Dortmunds wird
eine durchaus ehrliche

Kraft

gesucht, die umsichtig und sparsam
zu wirtschaften versteht (Dauer-
stellung). Offerten an die Ge-
schäftsstelle d. W. L. unter A 7148.

Mädchen

oder junges Mädchen, arbeits-
freudig und von durchaus laute-
rem Charakter wird zu baldigem
Eintritt gesucht. Beste Gelegenheit
zur Erlernung der Küche.

Frau San. Rat Dr. F. Ernst
Windler, Bethel b. Bielefeld.

Kur-Anstalt

Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Ebert

Benneckenstein-Hochharz

unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. freil

Suche zu bald für ein junges
Mädchen, 23 Jahre, arbeitswillig,
mit Kenntnissen im Kochen und
im Haushalt

Stellung

als Hilfe der Hausfrau in Stadt-
oder Landhaushalt. Angebote
erbeten an

Frau Fridel Scharrenberg,
Rittg. Malitz, Post Schollene
bei Rathenow

Stellengefuche u. Angebote
haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Täglich frisch gerösteter

Kaffee

In Qualität zu billigsten Engrospreisen direkt an Private

per Pfd.

Feiner Haushaltskaffee RM 2.55

Bremer Guatemala-Mischg. RM 2.90

Perl-Mocca RM 3.10

Beste Sorte RM 3.40

Costarica, pils RM 3.80

Verpackung wird nicht berechnet. Ab 9 Pfd. portofrei.

Ab 5 Pfd. wird nur halbes Porto berechnet. Rücknahme

bei Nichtgefallen.

Georg Wank Jr., Bremen, Postfach 822.

Hochgebirgs-

Sonnenkuren

Herbst und Winter im Ev. Er-
holungsheim Haselbergshaus
Goldern (Berne Oberland)
1060 m. Sorgfältige Pflege.
Trauliches Familienleben. Ta-
gespreis von 8 Fr. an. Aus-
bildung von Hausdächtern.
Illustr. Prospekt v. Hausvaler.

Durch Kontrolle des vereidigten Ehe-
misters Dr. Bobinus, Bielefeld, ist die
Echtheit meines

Bienen- Blüten- Honig.

10 Pfd. Dose 10.65 RM, vorwiegend
Ake-Bienenblüte 12.50 RM, halbe
Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1/2 Pfd.
Dose 2.00 RM und 2.30 RM frei Haus.
Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
W. Krieger, Borgein 2, Kr. Seest.
Dieser Honig ist auch in Dpfr.
vereinigten Verkaufsstellen der Anstalt
Bethel, zu haben.

...und ich glaube,
es ist tatsächlich
das Beste für die Wäsche:
Dr. Thompson's
Seifenpulver
Marke Schwan
Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifig Paket 15 Pfg.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 355

Toten-sonntag

Ein vierseitiges Flugblatt zum Trost und
Nachdenken für den Totensonntag, eine Hand-
reichung für alle die, die an diesem Tage an
schwere und ernste Stunden erinnert werden.
Das Blatt ist geschmückt mit Bildern von

Rudolf Schäfer

und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“, Bethel bei Bielefeld

Postfach: Hannover 7352 / Das Stück kostet 2 Pfg.

Von 100 Stück an Ermäßigung. Probenummern kostenlos

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik:
Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel

Mehr Glanz in Küche und Haus!

Wo  im Hause ist, herrscht funkelnde, blitzende Pracht
— der wohlige Zauber gepflegter Sauberkeit! Alle Ge-
schirre und Geräte in Küche und Haus — ob aus Porzellan,
Glas, Kristall, Steingut, Holz, Marmor, Stein — spielend
rasch macht sie  hochglänzend und appetitlich rein.
Wie neu sehen alle Sachen wieder aus!

 duldet keine Verunreinigungen! Zähster Schmutz,
härteste Verkrustungen — Fett, Öl, Sauce, Schmiere — sie
müssen  weichen. Es hat erstaunliche Energien! Wagen
Sie einmal einen Versuch.  wird durch wunderbare
Leistungen rasch Ihr Herz gewinnen.
Millionen von Hausfrauen erfreut
schon



Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel

für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

